

Am 12. September 1990 wurde in Moskau der Zwei-plus-Vier-Vertrag unterzeichnet. Am selben Tag informierte die Bundesvereinigung Deutscher Bibliotheksverbände in der Herzog August Bibliothek Wolfenbüttel über das Thema „Bibliotheken im vereinigten Deutschland“. Das Pressegespräch stand unweigerlich im Schatten der weltpolitischen Vorgänge und fand kaum ein Echo. Doch hatten die Bibliothekare eine Botschaft, die Paul Raabe, der Gastgeber und Nestor der deutschen Bibliothekswissenschaft, so auf den Punkt brachte: „In diesem Moment, in dem es in der DDR auf Auseinandersetzung mit der Vergangenheit ebenso ankam wie auf Kenntnis der neuen gesellschaftlichen Wirklichkeit, sind Bibliotheken soziale Pflichtaufgabe.“ Die Nachfrage nach nichtideologischen Publikationen und Informationen aus dem Westen war fast so stark wie die nach der D-Mark. Bibliotheken waren eine unerschöpfliche Quelle in einer Zeit, in der das Internet nur Computerspezialisten bekannt war.

Das eigentliche Anliegen des Pressegesprächs war es, über die Lage und die Zukunftsperspektiven der öffentlichen und wissenschaftlichen Bibliotheken der DDR zu unterrichten. Es gab bereits Pläne, wie es weitergehen könnte. Eine deutsch-deutsche „Expertengruppe Bibliothekswesen“, die gleichermaßen mit Bibliothekaren und Regierungsvertretern aus Ost und West besetzt war, hatte in aller Schnelligkeit und mit großer Akribie Empfehlungen erarbeitet. Noch bevor am 20. September 1990 die Volkskammer der DDR und der Deutsche Bundestag dem Einigungsvertrag zustimmten, war man sich darüber einig, worin der Handlungsbedarf im Bibliotheksbereich bestehe. Der Konsens war zügiger hergestellt als auf anderen Gebieten der Kultur- und Wissenschaftspolitik.

Ohne Kommunikationskanäle, die schon zu Zeiten des Kalten Krieges bestanden hatten, wäre eine so schnelle Einmütigkeit nicht denkbar gewesen. Im geteilten Deutschland arbeiteten Bibliotheken auf verschiedenen Arbeitsfeldern in aller Stille zusammen: Bücher im Fernleihverkehr passierten die innerdeutsche Grenze ohne Hindernisse. Von der Universitätsbibliothek Heidelberg aus konnte ein Leser beispielsweise mit einem normalen Fernleihschein ein Buch, das vor Ort nicht verfügbar war, aus Greifswald beziehen. Umgekehrt wurde die Bestellung zwar, getreu der Parteidoctrin von der Bundesrepublik als Ausland, auf Formularen für den internationalen Leihverkehr aufgegeben, aber genauso reibungslos ausgeführt. Das galt selbst für den Leihverkehr zwischen den beiden getrennten Staatsbibliotheken diesseits und jenseits der Berliner Mauer. Der traditionelle Schriftentausch der Bibliotheken funktionierte ebenfalls.

Noch 1954 wurde der Tübinger Bibliothekar Georg Leyh mit dem Nationalpreis der DDR ausgezeichnet – „für seine hervorragenden Verdienste um die Einheit im deutschen Bibliothekswesen“. Bis zum Volksaufstand in Ungarn im Jahr 1956 gab es gemeinsame Bibliothekskartage, noch etwas länger ein „Jahrbuch der deutschen Bibliotheken“. Die gemeinsame Berufstradition war stark, die Werthaltung der Bibliothekare speiste sich aus denselben Quellen. Man begegnete sich auf internationalen Kongressen, wengliche Kontakte oft hölzern und von der politischen Großwetterlage abhängig waren.

Nach dem Bau der Berliner Mauer wäre der Gesprächsfasen fast abgerissen. Doch gelang es Vertretern aller deutschsprachigen Länder in den Sechzigerjahren, die Regeln zur Alphabetischen Katalogisierung gemeinsam zu erarbeiten. So waren die Kataloge und Bibliographien in Ost und West nach gleichen Prinzipien angelegt.

Belastet wurden die Kontakte durch zwei gewichtige Streitpunkte: die Gründung der Deutschen Bibliothek in Frankfurt am Main als Gegenpol zur Deutschen Bücherei in Leipzig und die Bildung der Staatsbibliothek Preußischer Kulturbesitz in Berlin (West). Die Deutsche Bücherei in Leipzig war äußerlich glimpflich durch den Zweiten Weltkrieg gekommen. Die umfassende Sammlung der deutschen Buchproduktion seit 1913 war intakt geblieben. Doch Verleger, Buchhändler und Bibliothekare in den Westzonen waren im Zweifel, ob sie darauf vertrauen konnten, dass ihre Publikationen auch in Zukunft in der Deutschen Nationalbibliothek objektiv, zügig und vollständig angezeigt würden. Deshalb wurde 1947 die „Deutsche Bibliothek“ gegründet und kam zu nächst im Haus der Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt unter.

Die Leipziger Institution verstand sich ab 1962 als „sozialistische Nationalbibliothek“ ganz Deutschlands und verfuhr, wie befürchtet, nicht immer unparteiisch. Aus einem 1953 in Ulm erschienenen Buch mit dem Titel „Sprung in die Freiheit ... Berichte über die Ursachen, Begleitumstände und Folgen der Massenflucht aus der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands“ machte sie zum Beispiel in der Deutschen Nationalbibliographie: „Sprung in die Freiheit ... [Von] Günther Birkenfeld [u. a.]“, eine Verkürzung, die nicht erkennen ließ, was es in dem Buch ging. Abgesehen davon unterhielt die Deutsche Bücherei ein mehr als hunderttausend Bände umfassendes „Sperrmagazin“. Hier wurden Publikationen wie „Der Spiegel“ vorgehalten, die der allgemeinen Benutzung entzogen waren.

Ähnlich umstritten wie die Deutsche Bibliothek war die Staatsbibliothek Preussischer Kulturbesitz, die 1978 das von Hans Scharoun geplante Gebäude am Ber-



Zu unserem Glück vereint: Der Große Lesesaal der Deutschen Nationalbibliothek in Leipzig am 22. Februar 2013

Foto Frank Röh

## Eine friedliche Revolution

Wenn Helmut Kohls Prophezeiung „blühender Landschaften“ je eingetroffen ist, dann auf dem Feld der wissenschaftlichen Bibliotheken der vormaligen DDR. Von deren Transformationsprozess nach 1989 hat sogar das gesamte Bibliothekssystem in Deutschland profitiert. *Von Dr. Michael Knoche*

liner Kulturforum beziehen konnte. Ihr Grundstock bestand aus den 1,4 Millionen Büchern der ehemaligen Preussischen Staatsbibliothek, die in die Westzonen ausgelagert und nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst in Tübingen und Marburg an der Lahn zusammengezogen worden waren. Die DDR betrachtete sie als widerrechtlich zurückgehaltenes Staatseigentum. Der Transport der Bücher nach Westberlin erfolgte zum Teil per Luftfracht, um eine Beschlagnahme zu verhindern.

Man kann die Geschichte der beiden Bibliothekssysteme in Ost und West zumindest bis zum Ende der Ära Ulbricht auch als Beispiel für eine „asymmetrisch verflochtene Parallelgeschichte“ im Sinne Christoph Klefmanns erzählen. Sie existierten in Bezogenheit aufeinander, wobei die DDR stärker am westlichen Nachbarn orientiert war als umgekehrt. Es war ein Spannungsverhältnis, das – wie auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen – durch Abgrenzung, Konkurrenz und zaghafte Kooperationsansätze gekennzeichnet war.

Der Einigungsvertrag hat die Parallelgeschichte der beiden Bibliothekssysteme aufgelöst. Gravierende Streitpunkte waren ausgeräumt. Die Bibliotheken in Leipzig und Frankfurt wurden ebenso zusammengeführt (heute: „Deutsche Nationalbibliothek“) wie die beiden Staatsbibliotheken in Berlin unter dem Dach der Stiftung Preussischer Kulturbesitz (heute Staatsbibliothek zu Berlin) – unter Beibehaltung ihrer jeweiligen Standorte.

Selbst regimetreue Bibliothekare trauerten der Bibliothekspolitik der DDR nicht nach, wie einer von ihnen, Erwin Marks, 1991 bezeugte: „Auch im Bibliothekswesen dieses Landes dominierten zum Schluss – neben unzureichender staatlicher Fürsorge und materieller Mängel – bedrohliche Zerfallserscheinungen, wurde doktrinaire Enge unerträglich und nahm die internationale Isolierung und Abschottung groteske Züge an. Die Bibliotheksentwicklung stagnierte bereits seit Mitte der Siebzigerjahre, beim Übergang in die Achtziger lebte man im wesentlichen schon von der Substanz, und der zunehmende Verfall war dann unübersehbar.“

Die Ursachen für die Ineffizienz der Bibliotheken lagen in einem Wesenszug des Herrschaftssystems der DDR, dem Zentralismus. Die SED hatte es auch im Bibliotheksbereich darauf angelegt, von oben nach unten durchzuregieren und – gegebenenfalls mithilfe der Organe der Staatssicherheit – eine rigorose Kontrolle auszuüben. Die Führungskräfte mussten linientreu sein. Bibliotheksdirektor konnte nur werden, wer Mitglied der SED oder einer der Blockparteien war. Wenn nicht genügend Bibliothekare mit Parteibuch zur Verfügung standen, griff man auf fachfremde Bewerber zurück, wie etwa am der Universitätsbibliothek Jena, wo im Jahr 1970 ein Jurist, der Offizier der Volkspolizei war, mit der Leitung der Bibliothek betraut wurde und sie zwanzig Jahre lang ausübte. Der ideologische

Zentralismus höhle die fachliche Verantwortung vor Ort aus, so sehr Bibliothekare auf der Fachebene ihr Bestes gaben, um Benutzer mit Literatur zu versorgen.

Daher standen im Transformationsprozess ab 1990 vier Handlungsfelder im Vordergrund: Integration der wissenschaftlichen Bibliotheken in das föderale System bei Stärkung ihrer Eigenverantwortung, Aktualisierung ihres Literaturbestandes, Verbesserung von Gebäuden und Technik sowie personelle Erneuerung.

Die wissenschaftlichen Bibliotheken der ehemaligen DDR mussten so schnell wie möglich an die Katalogisierungsleistungen anderer Bibliotheken, den elektronischen Standortnachweis von IT-Bachern und neue Entwicklungen im IT-Bereich angeschlossen werden. Anders wären die Mengen der neu zu beschaffenden Publikationen und die Besorgung des Fehlenden im Fernleihverkehr gar nicht zu bewältigen gewesen. Das bedeutete: Einbindung der Bibliotheken in die bestehenden regionalen Verbundsysteme.

Ein wichtiger Effekt des Integrationsprozesses war, dass die Verbände durch die Aufnahme neuer Partner größer wurden und sich weiterentwickeln konnten. Barrieren durch unterschiedliche Suchsprachen, Datenformate und Benutzeroberflächen wurden abgebaut, sodass die Dienste besser zueinander passten. Die deutschen wissenschaftlichen Bibliotheken profitierten so insgesamt vom dem Innovationsschub, der durch die Vereinigung in Gang gekommen war.

Auch an anderen überregionalen Projekten wurden die Bibliotheken der DDR schnell beteiligt: Am „Verzeichnis deutscher Drucke des 16. Jahrhunderts“ arbeiteten schon 1990 neben zehn Bibliotheken aus der Bundesrepublik auch acht aus der DDR mit und meldeten Tausende von unikatlichen Titeln. Bernhard Fabian und die Volkswagen-Stiftung hatten schon im Frühjahr 1989 Vorbereitungen getroffen, um das „Handbuch der historischen Buchbestände in Deutschland“ um einen Teil DDR zu erweitern. Erst durch die Wiedervereinigung konnten diese ursprünglich rein westdeutschen Initiativen zur Verzeichnung der historischen Buchbestände ihr Ziel erreichen und den kulturellen Reichtum bewusst machen, der in den Bibliotheken vorhanden war. Es zeichnete sich ein bis dahin nicht für möglicher gehaltener Zuwachs an schriftlichem Kulturgut aus der Zeit des Mittelalters, der Reformation und Frühen Neuzeit ab, der nun uneingeschränkt zugänglich sein würde. Um die Dimension anzudeuten: Für die Beschreibung der Bundesländer Hamburg, Schleswig-Holstein und Bremen war ein einziger Band des Handbuchs nötig, für das Bundesland Thüringen brauchte man drei Bände.

Ein Erfordernis aus der föderalistischen Verfasstheit der Bundesrepublik war der Aufbau von Regionalbibliotheken. Da die DDR die Gliederung in Länder zugunsten von Bezirken abgeschafft hatte, gab es keine „Landes“-Bibliotheken mehr – bis auf die Sächsische Landesbibliothek Dres-

den als Ausnahme. In den anderen neuen Ländern mussten ausgewählte Bibliotheken zusätzlich mit Landesbibliotheksaufgaben (wieder) betraut werden: Die Wissenschaftlichen Allgemeinbibliotheken Potsdam und Schwerin, die Berliner Stadtbibliothek und die beiden Universitätsbibliotheken in Halle und Jena.

Schließungen von wissenschaftlichen Bibliotheken, die einstmals ins zentralistische Bild passten, ließen sich nicht vermeiden. Von Abwicklung betroffen waren vor allem die Bibliotheken der außeruniversitären Einrichtungen, insbesondere die Spezialbibliotheken der Aka-



demie der Wissenschaften der DDR mit Ausnahme ihrer traditionsreichen Berliner Zentralbibliothek.

Nach der Öffnung der Grenzen 1989 stellte sich heraus, dass die Literaturausstattung der Universitätsbibliotheken der ehemaligen DDR bei zehn bis 15 Prozent der vergleichbaren Einrichtungen im Westen lag. Der mit der friedlichen Revolution akut gewordene Bedarf an Zeitungen, Zeitschriften, Monographien und Lehrbüchern musste schnell gedeckt werden, um das Interesse an wissenschaftlicher Literatur aus dem Westen nicht ins Leere laufen zu lassen. Gleichzeitig musste versucht werden, die Lücken an internationaler Forschungsliteratur retrospektiv zu schließen. Andernfalls bestand die Gefahr, dass die ostdeutschen Universitäten Studenten in noch größerem Ausmaß verlieren würden, als dies ohnehin der Fall sein sollte.

Besonders hilfreich waren die Empfehlungen der deutsch-deutschen Expertengruppe zur Aktualisierung des Literaturbestandes. Sie enthielten unter anderem ein Musteretat, mit dessen Hilfe die Hochschulbibliotheken ihren Finanzbedarf je nach Fach, Studentenzahl und örtlichen Umständen berechnen und beantragen konnten. Für die Haushaltspläne der einzelnen Länder wurden konkrete Modelle erarbeitet. Die Mittel für die Bibliotheken sollten nicht im allgemeinen Hochschuletat enthalten sein, sondern separat ausgewiesen werden, um sie aus den Verteilungskämpfen vor Ort herauszuhalten.

Auf Bitte des Wissenschaftsrats formulierte die Expertengruppe auch einen Vorschlag, wie eine Ergänzung des Bestands in großem Stil zu organisieren sei. Das Programm für sogenannte Büchergrundbestände sollte auf zwölf Jahre angelegt sein und war auf 290 Millionen Mark kalkuliert. Der Bund sagte zu, sich zu fünfzig Prozent an der Finanzierung zu beteiligen, so wie es beim Hochschulbau gesetzlich vorgesehen ist. Die erforder-

lichen Mittel wurden zwischen 1991 und 2002 auch in diesem Umfang bereitgestellt. Mit den Büchergrundbestandsmitteln konnten die Lücken im wesentlichen geschlossen werden.

In vierzig Jahren DDR hatte es fast keine Neubauten für Hochschul- oder Landesbibliotheken gegeben. Die bauliche Infrastruktur war dem Verschleiß ausgesetzt gewesen. Die Aufgabe bestand nun darin, einerseits Sofortmaßnahmen, andererseits langfristige Planungen für Erweiterungs- und Neubauten einzuleiten. Denn die neu beschafften Bücher und Zeitschriften mussten gut zugänglich aufgestellt und an Lesepätzen studiert werden können. In den Hochschulbibliotheken der DDR kamen auf hundert Studenten nur drei Lesepätze. Heute gelten 13 als Norm.

Im Ergebnis dieses langjährigen Prozesses haben alle Hochschulbibliotheken – und nach und nach auch die übrigen wissenschaftlichen Bibliotheken in den wiedererrichteten Ländern Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt – Neubauten erhalten oder sind grundlegend saniert worden. Mit der baulichen Reorganisation ging eine IT-technische Modernisierung einher. Besondere Anerkennung fand zum Beispiel der spektakuläre Bau der Universitätsbibliothek Cottbus, der 2003 nach Plänen des Architekturbüros Jacques Herzog & Pierre de Meuron fertiggestellt wurde. Die einzige Bibliothek, die noch heute ohne Lösung ihrer baulichen Probleme dasteht, ist die Forschungsbibliothek Gotha, die seit 1999 zur Universität Erfurt gehört. Deren herausragenden Bestände sind zum größten Teil in einem provisorischen Magazin außerhalb der Stadt untergebracht.

Die Frage, mit welchem Leitungspersonal der Erneuerungsprozess in Angriff zu nehmen war, stand spätestens ab Januar 1990 im Raum. An vielen Bibliotheken bildeten sich Runde Tische. Auf diesen basisdemokratischen Foren wurde das Verhalten der bisherigen Leitung unter die Lupe genommen. Wenn etwa Verstöße gegen Grundsätze der Menschlichkeit oder Benachteiligung von Mitarbeitern aus politischen Gründen oder Tätigkeit für die Stasi oder mangelnde fachliche Eignung nachweisbar waren, kam es häufig zu einer Vertrauensabstimmung der Belegschaft. Fiel das Ergebnis negativ aus, veranlasste die vorge-setzte Institution in der Regel eine Kündigung. So ist es etwa dem Direktor der damaligen Zentralbibliothek der deutschen Klassik in Weimar, der heutigen Herzogin Anna Amalia Bibliothek, ergangen, der in einer Mitarbeiterversammlung abgewählt wurde. In Halle konnte das einzige Nichtparteimitglied unter den Bibliotheksleitern der DDR nach Prüfung durch einen unabhängigen Ausschuss seine Arbeit fortsetzen. Als an der Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek Jena der Direktor planmäßig in den Ruhestand trat, wurde auf Initiative der Mitarbeiter ein integrier Bibliothekar aus den eigenen Reihen zum Nachfolger

ernannt. Faktisch sind sämtliche linientreue Bibliotheksdirektoren schon vor dem Tag der Einheit aus dem Dienst ausgeschieden.

Die Belegschaften waren besonders daran interessiert, sich von allen Informellen Mitarbeitern der Stasi so schnell wie möglich zu trennen. Schon in den ersten neun Monaten des Jahres 1990 haben die meisten belasteten Personen ihre Anstellung an den Bibliotheken verloren. Der förmliche Überprüfungsprozess dauerte allerdings schmerzlang – bis Mitte der Neunzigerjahre.

Man könnte vermuten, dass die wissenschaftlichen Bibliotheken der ehemaligen DDR in diesen Jahren einen ähnlichen Elitenaustausch erlebt haben wie die Hochschulen, wo etwa sechzig Prozent der Professoren nicht weiterbeschäftigt wurden. Eine statistische Auswertung ergibt ein anderes Bild. Bei den 21 größten wissenschaftlichen Bibliotheken waren im Jahr 1993 12 Direktorate von Personen mit DDR-Berufsbiographien besetzt, neun Direktorate von Personen aus dem Westen – die Besetzung der Leitungsstellen mit unbelasteten Personen aus dem Westen war zunächst ganz im Sinne der rebellierenden Belegschaften. Im weiteren Zeitverlauf wurden Direktoren mit Ostbiographien häufiger durch Bewerber mit Westbiographien ersetzt. Das führte im Jahr 2003 dazu, dass deutlich mehr Personen aus dem Westen (sieben zu 14) an der Spitze standen. Weitere zehn Jahre später war die Tendenz wieder gegenläufig (acht zu 13).

Wie grob Auswertungen dieser Art zwangsläufig sind, zeigt sich etwa an einer Person wie Jürgen Hering. Er war zur Zeit der Vereinigung Direktor der Universitätsbibliothek Stuttgart und Vorsitzender des Deutschen Bibliotheksverbandes. Hering war in Chemnitz geboren und während seines Studiums von der Universität Leipzig relegiert worden. 1997 wechselte er noch einmal nach Sachsen und kümmerte sich um die organisatorische und bauliche Zusammenführung der Sächsischen Landesbibliothek mit der Universitätsbibliothek. Er hatte gleichermaßen eine Ost- wie eine Westbiographie. Ohne integrative Persönlichkeiten wie ihn wären manche Reformprozesse nicht so gut verlaufen. Auffällig viele westdeutsche Protagonisten der wissenschaftlichen Bibliotheken hatten biographische Wurzeln und familiäre Bindungen in der DDR.

Der gesamte öffentliche Dienst der DDR galt nach westlichen Maßstäben als überbesetzt. Doch zeigen Erhebungen, dass die wissenschaftlichen Bibliotheken relativ wenig Personal eingebüßt haben. Die Größenordnung liegt durchschnittlich bei einem Minus von 18 Prozent. Anfangs kam es auf der Arbeitsebene nur vereinzelt zur Integration neuer Mitarbeiter aus dem Westen.

Trotz Unsicherheiten und Friktionen gab es bei den Arbeitsverhältnissen also eine relativ große Kontinuität. Die Bibliotheken der ehemaligen DDR haben sich, unterstützt durch einzelne Personen aus dem Westen und großzügige Förderprogramme, selber reformiert. Das frühzeitige Zusammenwirken hat sich, wie bei dem Pressegespräch in Wolfenbüttel sichtbar wurde, von der ersten Stunde an als produktiv erwiesen.

Auch wenn westdeutsche Strukturen Modell gestanden haben, sind die Hochschulbibliotheken der ehemaligen DDR eigene Wege gegangen, etwa was Zusammenspiel zwischen zentraler Bibliothek und Institutsbibliotheken angeht. Seit 1969 gab es im Osten keine Institutsbibliotheken mehr, die unkoordiniert neben den zentralen Hochschulbibliotheken agierten. Kurioserweise geht dieses Organisationsmodell auf eine Forderung des westdeutschen Wissenschaftsrats zurück, die nicht im Westen, wohl aber im Osten ohne viel Federlesens verwirklicht wurde. So kam es, dass die Institutsbibliotheken in der DDR quasi Zweigbibliotheken der zentralen Hochschulbibliotheken darstellten und vom Direktor der Universitätsbibliothek geleitet wurden. Die Einschichtigkeit wurde zu einem Erfolgsfaktor des Wiederaufbaus nach der Wende. Das Muster hat im Westen Eindruck gemacht und auch hier entsprechende Tendenzen befördert. Noch wichtiger war der Effekt, dass die Verbände durch den Beitritt der neuen Länder leistungsfähiger wurden. So hat das gesamte deutsche Bibliothekssystem vom Transformationsprozess der wissenschaftlichen Bibliotheken der ehemaligen DDR profitiert.

Die meisten wissenschaftlichen Bibliotheken auf dem Gebiet der ehemaligen DDR haben weniger als fünfzehn Jahre gebraucht, um ihren Literaturbestand umfassend zu aktualisieren, zeitgemäße Dienstleistungen einzuführen und ein neues oder grundlegend saniertes Gebäude zu beziehen. Heute stellen sie mit ihren imposanten Häusern eine unabdingbare Infrastruktur für Wissenschaft und Kultur bereit und sind ein Glücksfall auch für den Zugang zu der kulturellen Überlieferung in Deutschland.

Wenn Helmut Kohls Prophezeiung „blühender Landschaften“ je eingetroffen ist, dann im Fall der Bibliothekslandschaft. Hätte es den 2. September 2004 nicht gegeben, an dem die Herzogin Anna Amalia Bibliothek in Flammen stand, könnte man fast von einer gradlinigen Erfolgsgeschichte sprechen.

Der Verfasser war von 1991 bis 2016 Direktor der Herzogin Anna Amalia Bibliothek, Weimar.